

WIR LINZER

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI
www.fpoe-linz.at

Ordnungsdienst beschlossen:

Mehr Sicherheit — und — Ordnung

Zuwanderungsstopp und Deutschförderung	Seite 2
Ordnungsdienst Stadt Linz	Seite 3
Aus dem Gemeinderat	Seite 4/5
Im Gespräch: Barbara Rosenkranz	Seite 6
Die beste Wahl für Österreich	Seite 8



Familie, Heimat, Sicherheit, EU:

**Ohne MUT
keine WERTE.**

25. April 2010 ~~X~~ Barbara Rosenkranz

Eine starke Frau für Österreich
www.barbara-rosenkranz.at

Vorwort

Liebe Linzerinnen
und Linzer!

Mit der vorliegenden Ausgabe von „Wir Linzer“ können wir Ihnen die ersten Erfolge der gestärkten freiheitlichen Fraktion im Linzer Gemeinderat berichten. An erster Stelle steht dabei natürlich die lange diskutierte Stadtwache. Bis zuletzt war nicht klar, ob diese aus Kostengründen privat vergeben wird oder doch – so wie wir es gefordert haben – der vollen öffentlichen Kontrolle und Verantwortung unterliegen soll. Mittlerweile ist klar: Die festgelegten Aufgaben werden in einem öffentlichen Unternehmen, der „Ordnungsdienst der Stadt Linz GmbH“ wahrgenommen. Mit dieser Lösung (ähnlich Linz AG, AKh oder Seniorenzentren) können wir die Vorteile der öffentlichen Hand mit mehr Effizienz kombinieren und so ein gutes Gesamtergebnis erreichen.

In zwei wesentlichen Fragen, nämlich der Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (Stichwort: Videoüberwachung) und bei unserer überparteilichen Forderung nach einer Volksbefragung zum Linzer Westring sind wir an der SPÖ-Rathausmehrheit gescheitert. Besonders bemerkenswert: Was im Wiener Wahlkampf um enorme Kosten auf Wunsch der SPÖ möglich ist – nämlich eine Volksbefragung zu wichtigen Themen – wird den Linzern vorenthalten. So unterschiedlich können die Standpunkte der selben Partei kurz vor und kurz nach einer Wahl sein ...

Zum Thema „Wahl“ abschließend noch eine Bitte an Sie: Bei der Bundespräsidentenwahl am 25. April kandidiert Barbara Rosenkranz, die sich mit ganzer Kraft für die Themen Familie, Heimat und Sicherheit einsetzt und diesen Einsatz schon mit ihrer „Nein“-Stimme zum „EU-Reformvertrag“ als einzige österreichische Abgeordnete bewiesen hat. Bitte stärken Sie mit Ihrer Stimme Barbara Rosenkranz auf ihrem Weg in die Hofburg.

Mit freiheitlichem Gruß,

Detlef Wimmer,
Sicherheitsstadtrat und Bezirksparteiobmann



Integrationspaket unter den Erwartungen

Zuwanderungsstopp und Deutschförderung

Mit Beginn dieser Gemeinderatsperiode wurde erstmals ein eigenes Integrationsressort unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Luger (SPÖ) geschaffen. Unter dem Aspekt, dass in den vergangenen Jahren von Seiten der SPÖ die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Migration unterlassen wurden, ist es höchste Zeit, auf diesem Gebiet tätig zu werden. Die beiden wichtigsten Maßnahmen bleibt Luger im vorliegenden Entwurf aber schuldig.



Ohne Zuwanderungsstopp werden die anstehenden Probleme nicht zu bewältigen sein.

Inhaltlich bleibt das groß angekündigte „Maßnahmenpaket Integration“ weit hinter seinen Erwartungen, enthält kaum Neuerungen oder wirksame Maßnahmen.

Ganz im Gegenteil fördert eine Vielzahl der Projekte lediglich die Muttersprache der Zuwanderer, nicht jedoch das absolut notwendige Erlernen der deutschen Sprache. Dem Maßnahmenpaket fehlt ein grundlegendes Fundament, das ein Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Einheimischen verbessern soll.

Das Erlernen der deutschen Sprache stellt die wichtigste Maßnahme zum Zusammenleben dar.

Darüber hinaus fordern die Linzer Freiheitlichen einen grundsätzlichen Zuwanderungsstopp. In Anbetracht des ständig steigenden Ausländeranteils kann eine Anpassung der Zuwanderer schon bald gar nicht mehr möglich sein – falls wir in der eigenen Stadt zur Minderheit werden sollten.

Einzelne Projekte des vorgelegten Pakets können durchaus als zusätzliche Maßnahmen in Betracht gezogen werden. Im Vordergrund muss jedoch die Pflicht der Zuwanderer stehen, die deutsche Sprache zu erlernen – und ein Bekenntnis dazu, dass Österreich kein Einwanderungsland ist. ■

Volle öffentliche Kontrolle, Effizienz, steuerliche und finanzielle Vorteile

Stadtwache wird als öffentliches Unternehmen „Ordnungsdienst der Stadt Linz“ gegründet

Nach zahlreichen, teilweise hitzigen, Diskussionen konnten hinsichtlich der Errichtung des Ordnungsdienstes grundlegende Einigungen zwischen den Parteien getroffen werden. Bereits zu Beginn des Jahres wurden die Aufgabengebiete des Ordnungsdienstes beschlossen, welche mit den Forderungen der FPÖ ident sind. Dazu gehören neben der Kontrolle der illegalen Bettelei und der Straßenmusik auch die Bereiche der illegalen Müllablagerung, der Einhaltung des Hundehaltegesetzes sowie der ortspolizeilichen Verordnungen. (näheres siehe Infobox)

Freiheitliche Erfolge können auch bei dem Beschluss über die Organisationsform des Ordnungsdienstes verzeichnet werden. Von Anbeginn forderte die FPÖ im Gegensatz zu anderen Parteien eine öffentliche Lösung, welche jetzt auch realisiert wird.

Im Zuge der letzten Sitzung des Sicherheits- und Ordnungsausschusses unter der Leitung des freiheitlichen Stadtrates Detlef Wimmer konnte eine Mehrheit für die Gründung eines öffentlichen Unternehmens im Eigentum der Stadt Linz, vergleichbar mit Linz AG oder AKh, erzielt werden.

„Ordnungsdienst in öffentlicher Hand“

Eine weitere Einigung konnte auch hinsichtlich des Namens „Ordnungsdienst“ erreicht werden. „Die getroffenen Entscheidungen stellen eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit dar“

zeigt sich der für den Ordnungsdienst verantwortliche Stadtrat Detlef Wimmer zufrieden.

Neben der vollen Aufsicht durch die politischen Verantwortungsträger könne das öffentliche Unternehmen auch steuerliche und finanzielle Vorteile bei insgesamt höherer Effizienz bieten. In den nächsten Wochen werden die notwendigen Vorarbeiten zur Unternehmensgründung durch die Stadt erledigt. „Als Bezeichnung des Unternehmens ist ‘Ordnungsdienst der Stadt Linz’ vorgesehen“, ergänzt der Stadtrat für Sicherheit und Ordnung.

„Da die drei notwendigen Eckpunkte laut Gemeinderatsbeschluss vom 03.12.2009 - Aufgaben, Kompetenzen und Organisationsform - geklärt sind, geht es jetzt darum, das Potential der Variante ‘öffentliches Unternehmen’ voll auszuschöpfen und das beste Ergebnis zu erzielen“, kündigt Wimmer an. ■

Die Linzer Stadtwache wird als eigenständiges Unternehmen „Ordnungsdienst der Stadt Linz“ gegründet



Aufgaben des Ordnungsdienstes

- Prävention von strafbaren Handlungen, Not- hilfe, Erste Hilfe
- Anhaltung von Straftätern nach § 80 StPO
- Melden von Gefahrenquellen, Weiterleiten von Beschwerden und Missständen
- Einsatz gegen illegale Müllablagerungen
- Tiere / Hunde: Leinen- und Beißkorbpflicht, Verschmutzungen durch Tierkot
- Überwachung des Jugendschutzes
- Illegale Straßenmusik und Bettelei
- Kontrolle ortspolizeilicher Verordnungen
- Erstattung von Anzeigen bei Verwaltungs- übertretungen

SPÖ und Grüne ignorieren Gewalttaten

Mehr Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Immer öfter müssen den Medien Übergriffe auf Kontrolleure und Fahrgäste in öffentlichen Verkehrsmitteln entnommen werden. Die Bandbreite reicht dabei von Diebstahl bis hin zu schwerer Körperverletzung. „Die laufenden Vorfälle untermauern die Forderung der FPÖ nach verstärkten Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr“, betont Stadtrat Detlef Wimmer.

Zur Umsetzung dieser Forderung beantragte die FPÖ im Gemeinderat wiederholt mehr Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln, etwa durch Videoüberwachung oder verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal. SPÖ und Grüne konnten der Verbesserung der Sicherheit nichts abgewinnen und belächelten statt-

dessen die Übergriffe, es handle sich ja lediglich um „normale Schlägereien“. Dass bei einer dieser Übergriffe ein 14-Jähriger schwer verletzt wurde, wollten die Grünen nicht wahr haben. „Für uns gibt es keine ‚normalen‘ Straftaten“, betont StR Wimmer und kündigt unermüdlichen Einsatz für mehr Sicherheit an. ■

FPÖ setzt familienpolitisches Signal

Pflegeurlaub auch für „Scheidungseltern“

Die geltende Rechtsordnung beschränkt die Pflegefreistellungen auf „im gemeinsamen Haushalt lebende Personen“. Die FPÖ befand, dass diese Passage an die Lebensverhältnisse angepasst werden muss.

„Probleme ergeben sich für getrennt lebende Väter und Mütter, die keinen rechtlichen Anspruch auf eine Freistellung im Pflegefall ihrer nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder haben“, erklärt Gemeinderätin Anita Neubauer. Beide Elternteile sollen die Möglichkeit haben ihre Verantwortung wahrzunehmen, unabhängig davon, ob sie getrennt oder in

einem gemeinsamen Haushalt leben. Diese Ansicht teilten auch die anderen Fraktionen des Linzer Gemeinderates. Einstimmig wurden die beiden FPÖ-Anträge in Form von Resolutionen an Land und Bund angenommen, welche nun die Verantwortung tragen, die gesetzlichen Regelungen entsprechend zu ändern und an die heutigen Familienverhältnisse anzupassen. ■

Öffentlichen Verkehr absichern

Gegen Schließung der Mühlkreisbahn

Die drohende Schließung der Mühlkreisbahn wird derzeit öffentlich diskutiert. Die Schließung steht vor allem deshalb zu Debatte, da die ÖBB jahrelang notwendige Investitionen unterließ, um die Mühlkreisbahn zu einer attraktiven Alternative des Individualverkehrs zu machen. „Stattdessen liest man von verspekulierten Geldern der ÖBB in einer Höhe von beinahe 300 Millionen Euro“, kritisiert Gemeinderat Sebastian Ortner.

Die FPÖ setzt sich für den vollständigen Erhalt der Mühlkreisbahn ein. Kann eine Schließung aufgrund des fehlenden – womöglich verspekulierten – Geldes der ÖBB nicht abgewendet werden, muss für die zahlreichen Pendler eine annehmbare Alternative geschaffen werden. Dies war auch die Intention eines freiheitlichen Zusatzantrages, der mit Stimmen von FPÖ, BZÖ



Aus für Mühlkreisbahn?

und SPÖ angenommen wurde. „Unverständlich hingegen die Gegenstimme der Grünen, die sich sonst immer zum Vorreiter im Bereich des öffentlichen Verkehrs erklären“, stellt Gemeinderat Ortner fest. ■

Grüne „Gleichstellungspolitik“

Ungleichbehandlung

Die grüne Stadträtin Eva Schobesberger wollte sich mit der Verleihung des „Silberner Hexenbesens an goldenem Band“ in Szene setzen. „Ein Preis für Frauen, die der traditionellen Frauenrolle nicht entsprechen“ sollte es sein.

Auf eine Anfrage der FPÖ antwortet die „Frauenstadträtin“, dass dies ein Schritt zur „aktiven“ Gleichstellungspolitik sei. Diese Haltung ist für die FPÖ nicht nachvollziehbar, wie StR Wimmer erklärt: „Wir erwarten uns von einer Frauenstadträtin, dass sie sich für alle Frauen einsetzt – unab-

hängig davon, ob sie dem Frauenbild der Grünen entsprechen oder nicht. Unter dem Deckmantel vermeintlicher Gleichstellungspolitik Frauen ungleich zu behandeln ist ein schlechter Scherz, der keiner Linzerin helfen wird. Lieber sollten echte Probleme endlich angepackt werden.“ ■

Mehr direkte Demokratie

Projekt Westring

Als Befürworter der direkten Demokratie stellte die FPÖ gemeinsam mit dem BZÖ einen überparteilichen Gemeinderatsantrag hinsichtlich einer Volksbefragung zum Bau des Westrings.

SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ lehnen Volksentscheid über den Bau des Westrings ab.



Die Debatte um diesen Antrag löste bei den anderen Parteien emotionale Wortmeldungen und Zwischenrufe aus, der in der Folge mit Gegenstimmen von SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ abgelehnt wurde. „Für mich völlig unverständlich, dass ein Antrag für mehr direkte Demokratie bei den anderen Parteien hervorrufen kann“ wundert sich der freiheitliche Fraktionsobmann.

Da sich sowohl SPÖ als auch ÖVP in anderen Fragen, wie in Eberau oder Wien, sehr wohl der direkten Demokratie bedienen, drängt sich für Wimmer der erschreckende Verdacht auf, dass diese nur ein Mittel zum Zweck im Vorfeld von Wahlen darstellen. Ähnlich auch die kontroverse Haltung der Grünen,

die uneins mit der Landespolitik diesen Antrag ablehnten, während LR Anschober vor Wochen noch selbst eine Volksbefragung zum Thema Westring forderte.

Für die FPÖ steht jedenfalls fest, dass die direkte Beteiligung der Linzer Bevölkerung an bedeutenden Entscheidungen ein wichtiges demokratiepolitisches Instrument ist, welches nicht von Politikern zu deren Gunsten missbraucht werden darf. „Auch künftig wird sich die FPÖ bei Themen, die für die Linzer Bevölkerung von großer Bedeutung sind, für eine direkte Mitbestimmung des Volkes einsetzen. Es darf nicht sein, dass die Politik über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet“, so der freiheitliche Fraktionsobmann Wimmer. ■

Unsere Mandatäre

In dieser Rubrik stellen wir Ihnen die freiheitliche Gemeinderatsfraktion vor – diesmal beginnend mit GR Ute Klitsch.



Ute Klitsch

geboren am
26.04.1964

Ortsgruppe: Linz-Südwest

Funktion: Ortsgruppen-Obmannstellvertreterin

Beruf: Touristikkauffrau

Aufgabengebiete:

- Fraktionsobmannstellvertreterin
- Kultur-, Tourismus- und Frauensprecherin der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
- Ausschuss für Kultur, Tourismus und Wohnungswesen
- Ausschuss für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung
- Mitglied des Migrations- und Integrationsbeirates
- Mitglied der Tourismuskommission
- Aufsichtsrätin der Design Center Linz Betriebsgesellschaft m.b.H.

Freizeitbeschäftigungen:

Kultur, Theater, Tiere, Tierschutz

Lieblingsspeise: Gefüllte Paprika

Liebste Reiseziele: Österreich und Italien

Lieblingsbuch:

Der Alte Mann und Mr. Smith

Lieblingfilm:

Die Geschichte der Comedian Harmonists

Haustiere: 2 Katzen

Erreichbarkeit:

GR Ute Klitsch
Fraktionsbüro der FPÖ
4041 Linz, Altes Rathaus, Hauptplatz 1
ute.klitsch@liwest.at

Im Gespräch: Barbara Rosenkranz

Für die FPÖ wird sich am 25. April Barbara Rosenkranz der Wahl zum Bundespräsidenten gegen den Amtsinhaber Heinz Fischer stellen. „Wir Linzer“ hat sie zu einem Gespräch gebeten.

Wir Linzer: Sie treten zur BP-Wahl am 25. April an. Warum sollte man Sie und nicht einen der anderen Kandidaten wählen?

Barbara Rosenkranz: Zunächst ist es wichtig, überhaupt zur Wahl zu gehen. Es ist kein Zeichen guter demokratischer Kultur, wenn mehr als die Hälfte der etablierten Parteien in Österreich keinen Kandidaten aufstellt und viele prominente Politiker die Menschen auch noch aufrufen, „weiß“ – also ungültig – zu wählen. Ich selbst spüre in der Bevölkerung, dass sehr viele Menschen mit meinen Werten übereinstimmen: mit der Förderung von Familien, dem Schutz der Heimat, mit der Verbesserung der Sicherheit und auch mit einem starken souveränen Österreich. Diese Werte mit noch mehr Gewicht vertreten zu können als bisher, war der Hauptgrund für meine Kandidatur.

Wir Linzer: Wie sieht Ihr grundsätzliches Amtsverständnis aus?

Barbara Rosenkranz: Klar definiert ist die Aufgabe, das verfassungskonforme Zustandekommen von Gesetzen zu bestätigen. Das ist meistens unspektakulär, manchmal aber ungeheuer wichtig. So etwa bei der Umsetzung des EU-Verfassungsvertrags von Lissabon. Da

hätte ich im Gegensatz zu Heinz Fischer auf alle Fälle eine Volksabstimmung verlangt, weil unsere Verfassung damit in ganz wesentlichen Punkten geändert wurde. Zusätzlich sehe ich zwei wichtige Möglichkeiten, die ich als Bundespräsidentinnützen würde: Ich würde jenen Menschen eine Stimme geben, die keine haben, aber dringend eine brauchen, zum Beispiel Jugendlichen, die keine Arbeit finden, Familien an der Armutsgrenze oder Mindestpensionisten, die kaum noch über die Runden kommen. Und darüber hinaus würde ich das Amt nützen, um Diskussionen über die Lebensfragen unserer Gesellschaft anzustoßen, wenn die Politik sich damit nicht oder falsch beschäftigt – etwa über die Stellung von Familien, über die Sicherheit in unserem Land oder über die Souveränität.

Wir Linzer: Sie sind eine klare EU-Kritikerin. Wie würden Sie das mit dem Amt des BP vereinbaren?

Barbara Rosenkranz: Ich kritisiere nicht den Gedanken der europäischen Einigung an sich, sondern die Entwicklung, welche die Europäische Union in letzter Zeit immer stärker nimmt – hin zu einem europäischen Zentralstaat. Meine Vorstellung ist das Europa der Nati-



onen und Vaterländer, das die Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten akzeptiert und fördert. Österreichs Politiker sind in der EU leider zu wenig selbstbewusst und meist die ersten, die zu allem Ja und Amen sagen.

Wir Linzer: Wie erleben Sie den Wahlkampf und was ist Ihr Ziel für die Bundespräsidentenwahl?

Barbara Rosenkranz: Ich freue mich über enormen Zuspruch sowohl im persönlichen Kontakt mit den Menschen als auch in Briefen, Telefonaten und Mails. Ich denke, die Leute können sehr gut

unterscheiden zwischen der Realität und meinen wahren Einstellungen auf der einen Seite und dem, was manche Medien versucht haben, mir in einer breiten Kampagne zu unterstellen. Daher bin ich für die Wahl optimistisch. Eine wunderschöne Sache wäre es, das beste Ergebnis eines freiheitlichen Kandidaten bei einer Bundespräsidentenwahl zu übertreffen. Das wären rund 18 Prozent. Aber insgeheim will jeder, der bei einer Wahl antritt, natürlich auch gewinnen.

Wir Linzer: Wir danken für das Gespräch. ■

FPÖ-Erfolg: Transparenz und Kostensenkung

Protokoll-Papierflut wird eingestellt

Im Dezember hat die FPÖ-Gemeinderatsfraktion beantragt, die Sitzungsprotokolle des Gemeinderats (tausende Seiten Papier im Jahr!) künftig für alle Bürger dauerhaft im Internet zu veröffentlichen und nicht mehr einzeln auszudrucken.

Mittlerweile trägt der Antrag Früchte, wie Gemeinderätin Susanne Walcher berichtet: „Unsere Idee wurde erfolgreich umgesetzt. So können alle Linzer das Geschehen im Gemeinderat leichter nachvollziehen - und zusätzlich spart sich die Stadt rund 6.000 Euro jährlich an Sachkosten. Mit weniger Aufwand mehr Information für die Bürger zu erreichen - das ist eine sehr positive Entwicklung!“ Auch in anderen Bereichen herrscht noch Spar-



und Verbesserungspotential. Die freiheitliche Fraktion wird sich weiterhin mit ganzer Kraft für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung einsetzen. ■

Wir sind für die Linzer da!

Fraktionsbüro der FPÖ

4010 Linz, Hauptplatz 1, (Altes Rathaus) Zi. 146
Tel.: (0732) 7070-1659, Fax: (0732) 7070-1658
E-Mail: grfraktion@fpoe-linz.at

FPÖ-Bezirksgeschäftsstelle

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Tel.: (0732) 73 64 26-26, Fax: (0732) 73 64 26-33
Mobil: 0650 24 40 130, E-Mail: bezirk-linz@fpoe.at

FPÖ-Ortsgruppen

Linz-West: werner.neubauer@liwest.at
Linz-Mitte: sebastian.ortner@fpoe-linz.at
Linz-Ost: detlef.wimmer@fpoe-linz.at
Linz-Südwest: manfred.puehringer@fpoe-linz.at
Linz-Süd: fpoe.linz-sued@liwest.at
Urfahr-West: zauner.gerald@gmx.net
Urfahr-Mitte: urfahr-mitte@fpoe-linz.at
Urfahr-Ost: michael.raml@fpoe-linz.at

Impressum und Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: FPÖ-Bezirk Linz-Stadt; Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Höhe der Beteiligung: 100%; Vorstand: Detlef Wimmer (Bezirksobmann), Franz Obermayr (Bezirksobmann-Stv.), Manfred Pühringer (Bezirksobmann-Stv.), Werner Neubauer (Bezirksobmann-Stv.), Sebastian Ortner (Bezirksobmann-Stv.); Redaktion: Detlef Wimmer, Herstellung: Green Lemon GmbH, Hauptplatz 21, 4020 Linz; Verlags- und Herstellungsort: 4020 Linz; Grundlegende Richtung: Freiheitliche Informationen in Linz



Rückantwortkarte

- Ich möchte der FPÖ beitreten.
- Ich will mitarbeiten, bitte kontaktieren Sie mich.
- Ich möchte weitere Informationen über die FPÖ.

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Telefon: _____

Alter: _____ Beruf: _____



An die
FPÖ-Bezirksgeschäftsstelle
Linz-Stadt

Blütenstraße 21/1
4041 Linz

Sie können auch gerne mittels E-Post unter: kontakt@fpoe-linz.at oder telefonisch unter 0732 / 73 64 26-26 oder 0650 / 24 40 130 mit uns Kontakt aufnehmen.

Dafür steht nur Sie:

■ Vom Volk- fürs Volk statt von oben herab.

Barbara Rosenkranz versteht das Amt des Bundespräsidenten als Sprachrohr und Anwalt der Bevölkerung. Sie wird ihre Stimme laut für die Interessen der Bürger erheben und falsche Entwicklungen in Gesellschaft und Politik nicht decken, sondern korrigieren.

■ Soziale Gerechtigkeit statt Armut und Arbeitslosigkeit.

Barbara Rosenkranz steht für soziale Gerechtigkeit und den Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, wo immer sie stattfindet. Die Kluft zwischen Arm und Reich muss kleiner werden, statt sich weiter zu öffnen.

■ Sicheres Österreich statt freie Fahrt für Kriminelle.

Barbara Rosenkranz wird das Amt des Bundespräsidenten dazu nutzen, die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. Ihr Einsatz gilt der Wiedereinführung der Grenzkontrollen und der Grenzüberwachung sowie der Aufstockung der Polizei.

■ Unsere Familien stärken statt Familienzerstörung.

Barbara Rosenkranz wird als Bundespräsidentin die Familien wieder stärken und den Schutz des Lebens verstärken. Denn Kinder sind das Fundament unserer Gesellschaft. Und es sind die Kinder, die uns allen Zukunft schenken.

■ Frei und Neutral statt blinder EU-Hörigkeit.

Barbara Rosenkranz war im Parlament die einzige mutige Abgeordnete, die gegen die EU-Verfassung und damit für die Freiheit und Neutralität Österreichs gestimmt hat. Als Bundespräsidentin führt sie diesen Kampf weiter, damit Österreich nicht Teil einer zentralistischen EU wird.

■ Schutz der eigenen Kultur statt falscher Toleranz.

Barbara Rosenkranz wird als Bundespräsidentin darauf achten, dass unsere Werte, unsere Traditionen und unsere Kultur gestärkt und nicht weiter ausgedünnt werden. Denn wir wollen nicht Fremde in der eigenen Heimat werden.

Bundespräsidentenwahl 2010

Die beste Wahl: Barbara Rosenkranz



Am 25. April wählt Österreich sein Staatsoberhaupt neu. Für die FPÖ wird dabei Barbara Rosenkranz als Bundespräsidentenskandidatin ins Rennen gehen: Eine starke Frau, die für ein gerechteres System in Österreich eintritt!

Ob Zuwanderung, EU-Diktat, Familienfragen, soziale Gerechtigkeit oder echte Meinungsfreiheit: Barbara Rosenkranz hat in der Vergangenheit mehrfach Ihre Standfestigkeit bewiesen, wenn es um die berechtigten Anliegen und Interessen der Österreicher und die Zukunft unserer Heimat geht.

Im Gegensatz zu ÖVP, BZÖ und Grünen, die sich in Demokratieverweigerung üben und keinen Kandidaten aufgestellt haben, wird die FPÖ den Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten der linken Einheitsliste das Amt des Bundespräsidenten nicht kampfflos überlassen.

Gerade die massive Hetzkampagne zeigt die Nervosität der selbsternannten Eliten auf eine Kandidatin, die ihr Ohr bei den Sorgen der Bevölkerung hat. Auch deshalb werden die FPÖ und Kandidatin Barbara Rosenkranz die Fragen EU, Identität und Einwanderung weiter vorantreiben.

Die Österreicher haben ein Recht darauf, dass man – im Gegensatz zum Amtsinhaber Fischer – nicht schweigt, sondern Position bezieht, wenn es um unsere Zukunft geht.

Barbara Rosenkranz ist eine starke Stimme für unsere Anliegen. Geben wir ihr unsere Stimme. ■